

# Beschluss

Die Ampel steht auf grün - Klimagerechtigkeit in die Offensive

Gremium: Landesparteirat  
Beschlussdatum: 22.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 14. Anträge Verschiedenes

## Antragstext

1 Eine klimagerechte und somit lebenswerte Welt für alle zu schaffen, ist unser aller Verpflichtung. Die  
2 Folgen der Klimakrise schränken heute schon die Freiheit vieler ein. Deswegen muss das 1,5°-Grad-Ziel ins  
3 Zentrum all unseres Handelns gestellt werden.

4 Die Beachtung der planetaren Grenzen und die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks sind zu einem  
5 kategorischen Imperativ geworden. Um diesem gerecht zu werden, müssen Chancen und Lasten im  
6 Transformationsprozess durch eine solidarische Politik gerecht verteilt werden.

7 Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Brandenburg spätestens 2035 klimaneutral wird, damit das zur  
8 Erreichung des 1.5°-Ziels verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget eingehalten wird. Dafür braucht es neben den  
9 folgenden Maßnahmen zur Einschränkung der Folgen der Klimakrise - spätestens in der nächsten  
10 Legislaturperiode - einen Klimavorbehalt für das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz .  
11 Haushaltsplanungen, welche den Zielen des Pariser Klimaabkommens widersprechen, müssen mit dem  
12 Klimavorbehalt verhindert werden können. Zusätzlich müssen bei der kommunalen und regionalen  
13 Entwicklung Klimagerechtigkeit und Klimaanpassung Leit motive sowie entscheidende Kriterien für die  
14 Mittelvergabe und Förderprogramme sein.

### 15 **RADIKALE ENERGIEWENDE**

16 Der Kohleausstieg muss vor 2038 erfolgen. Wir fordern, dass Brandenburg spätestens bis 2030 aus der  
17 Kohleverbrennung und -produktion ausgestiegen ist.

- 18 • Wir kämpfen dafür, dass der Ausbau bei Windkraft und Photovoltaik in Brandenburg vorangeht – mit  
19 planungsrechtlicher Unterstützung, mit schnelleren Genehmigungen und ausreichend  
20 Flächenverfügbarkeit durch das Land und möglichst wenigen Belastungen für Mensch und Umwelt  
21 auch bei Produktion und Errichtung.
- 22 • Die für Industrieprozesse, Wärme und Mobilität notwendigen Gase müssen klimaneutral und unter  
23 Verwendung von Ökostrom hergestellt werden, welches den Ausbaubedarf der Erneuerbaren  
24 Energien erhöht. Auch das Zeitalter von Erdgas muss schnell enden. Den Aufbau neuer  
25 Erdgas-Infrastruktur und damit verbundenen Lock-In-Effekte lehnen wir strikt ab. Zusätzliche  
26 Erdgasförderung in Brandenburg ist aufgrund geringer Verfügbarkeit und schwieriger  
27 Förderbedingungen nicht sinnvoll. Dieses Erdgas stünde erst zur Verfügung, wenn wir schon längst  
28 aus der Nutzung fossilen Erdgases ausgestiegen sein müssen. Nord Stream 2 darf nicht in Betrieb  
29 gehen.
- 30 • Der Ausbau von Wind- und Solarenergie muss rapide erhöht, entbürokratisiert und gefördert werden.  
31 Das bisherige Ziel der Landesregierung zur Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien am  
32 Primärenergieverbrauch bis 2030 muss erhöht werden.

- 33 • Über 30% der deutschen Treibhausgasemission entstehen durch die Wärmeversorgung von  
34 Gebäuden. Eine effiziente Dekarbonisierung setzt in den meisten Fällen eine energetische  
35 Gebäudesanierung voraus. Wir setzen uns dafür ein, dass es hier auch in Brandenburg schneller voran  
36 geht. Zur Wärmewende trägt auch eine effiziente Nutzung von Wohnraum bei. Wir setzen uns daher  
37 dafür ein, dass Wohnraum bedarfsgerecht geplant wird und nicht immer mehr Wohnfläche pro  
38 Mensch verbraucht wird.

### 39 **180 GRAD MOBILITÄTSWENDE**

40 Auch auf den Straßen Brandenburgs wird noch zu viel CO<sub>2</sub> verursacht. Wir müssen den Verkehr mit  
41 treibhausgasemittierenden Fahrzeugen drastisch reduzieren und wirksame Anreize für den Umstieg auf  
42 nachhaltige Alternativen ermöglichen. Auch Schüler\*innen, Auszubildende und Rentner\*innen in den  
43 ländlichen Regionen Brandenburgs müssen von Beginn an in Planungen einbezogen werden.

44 Mobilitätswende bedeutet für uns Bündnisgrüne Vermeiden, Verlagern, Verbessern. Priorität 1 ist das  
45 Vermeiden von Verkehr durch geteilte Fahrten, dezentrale Kreislaufwirtschaft, kurze Wege zwischen  
46 Wohnen, Arbeit, Freizeit und Versorgung sowie die Digitalisierung. 2. Priorität ist das Verlagern des Verkehrs  
47 weg vom Auto hin zu Fuß-, Rad- und Öffentlichem Verkehr. Erst 3. Priorität ist das Umstellen der Antriebe  
48 des motorisierten Verkehrs. Die Entwicklung und Verbreitung von E-Mobilität muss auch durch preiswerte  
49 Angebote und eine starke Ladeinfrastruktur flankiert werden. Die Ansiedlung von Tesla begleiten wir  
50 kritisch, damit es in die richtige Richtung geht. Luxuriöse E-SUVs bringen uns einer  
51 gesamtgesellschaftlichen Mobilitätswende keinen Schritt näher.

- 52 • Wir wollen den Umweltverbund bis 2035 verdoppeln. Sowohl der ÖPNV als auch der MIV müssen bis  
53 dahin klimaneutral werden.
- 54 • Die Fußwegeplanung muss in enger Abstimmung den Fußgänger\*innen erfolgen. Der Sicherheit und  
55 der Barrierefreiheit für Fußwege sollte Priorität eingeräumt werden. Parkflächen für Autos müssen  
56 gegebenenfalls weichen.
- 57 • Es muss überall in Brandenburg möglich sein, ohne ein eigenes Auto ein Gutes Leben zu führen.  
58 Dafür fordern wir eine Mobilitätsgarantie, um allen Brandenburger\*innen möglichst rund um die Uhr  
59 bedarfsgerecht und tagsüber zwischen 5 und 22 Uhr mindestens stündlich eine Möglichkeit zu  
60 geben, in Verkehrsmittel des ÖPNV oder geteilte Fahrten einzusteigen.
- 61 • Wir fordern auch eine breite Lastenradprämie nicht nur für Vereine, Unternehmen und Behörden,  
62 sondern auch für Privatpersonen. Zudem braucht es Radschnellwege zwischen benachbarten Städten  
63 sowie von und nach Berlin sowie einen massiven Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in und  
64 zwischen den Kommunen. Viele Menschen würden gerne auf bestimmten Strecken auf ihr Auto  
65 verzichten, dafür bedarf es aber viel mehr sichere Radwege und Radabstellanlagen.
- 66 • Der ÖPNV muss mit einem digitalen Ticketsystem öffentlich und solidarisch finanziert und  
67 flächendeckend werden, auch um eine übersichtliche Tarifstruktur zu ermöglichen. Die Teilung von 1.  
68 und 2. Klasse in den Regionalzügen des VBB gehören auf das Abstellgleis. Um die Finanzierung des  
69 ÖV auf breitere Beine zu stellen, braucht es die Einführung einer Dritten Finanzierungssäule.
- 70 • In Brandenburg darf es keine unbenutzten Gleise mehr geben - stillgelegte Strecken müssen  
71 schneller und vollumfänglich reaktiviert werden. Das Streckennetz muss weiterhin ausgebaut  
72 werden.
- 73 • Die Sicherheit an Bahnübergängen muss erhöht und Barrierefreiheit zur Leitlinie bei Neubau und  
74 Sanierung werden. Zu viele Bahnübergänge in Brandenburg verfügen noch über keinerlei  
75 Signaltechnik, vor allem an Nebenstrecken.

- 76 • Eine barrierefreie und unmittelbare Mitnahme von Fahrrädern muss durch den VBB von allen  
77 Verkehrsträgern eingefordert werden. Dafür braucht es mehr Fahrradstellplätze in Zügen und an  
78 Bahnhöfen. Grundsätzlich soll die Fahrradmitnahme kostenfrei möglich sein. Gleichzeitig setzen wir  
79 auf die Integration von Fahrradverleihsystemen in den VBB-Tarif, um eine intelligente Kombination  
80 von Bahn und Rad zu ermöglichen.
- 81 • Straßenverkehrsprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan sowie dem Fernstraßenbedarfsplan  
82 gehören auf den Prüfstand. Klimapolitisch unverantwortliche Projekte darf das Land Brandenburg  
83 nicht weiter verfolgen.
- 84 • Verkehrsvermeidung durch mobiles Arbeiten und Quartiersentwicklungen, die kurze Wege  
85 ermöglichen.

## 86 **AGRARWENDE IN DIE OFFENSIVE**

87 Die Landwirtschaft in Deutschland trägt durch Tierhaltung und landwirtschaftliche Bodennutzung  
88 maßgeblich zum Ausstoß von Treibhausgasen bei. Wir haben den Anspruch, den Agrarsektor nachhaltig  
89 umzubauen, ihn so weit wie möglich klimaneutral zu machen und die verbleibenden CO<sub>2</sub>-Ausstöße durch  
90 ökologische Senken auszugleichen. Dabei ist es uns wichtig, nicht nur über die Landwirtschaft zu sprechen,  
91 sondern uns auch gezielt mit den Akteur\*innen des Agrarsektors auseinanderzusetzen.

92 Wir fordern die Abschaffung pauschaler Flächensubventionen, um die Förderung mit der Gießkanne zu  
93 beenden und gezielt eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft zu stärken. Damit wollen wir das  
94 Prinzip „Masse statt Klasse“ umkehren und statt subventionierter Billigware für den Welthandel die  
95 Erzeugung und Verarbeitung regionaler Lebensmittel für den europäischen Binnenmarkt unterstützen.

- 96 • Wir wollen, dass Brandenburg seine Erfolgsgeschichte beim Ökolandbau fortschreibt und bis Ende  
97 2024 20% unserer landwirtschaftlich und gartenbaulich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet  
98 werden.
- 99 • Mit dem Öko-Aktionsplan liegt ein ambitioniertes Paket vor, um mehr Klima- und Naturschutz mit  
100 dem besonderen Potential einer regionalen und wirtschaftlichen Wertschöpfung zu verbinden, wie  
101 sie unsere Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bietet. Der Öko-Aktionsplan muss langfristig mit  
102 ausreichend finanziellen Mitteln unterlegt werden. Auch Öko-Modellregionen (wie z.B. in Hessen)  
103 braucht es, um den Wandel der Landwirtschaft in Brandenburg weiter voranzutreiben.
- 104 • Der Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland ist überfällig. Dazu gehört, dass die Zahl der  
105 gehaltenen Tiere an die zur Verfügung stehende Fläche und Obergrenzen pro Stall gebunden  
106 werden. Wir fordern, dass Tiere so gehalten werden, dass sie ein tiergerechtes Leben führen können.  
107 Die Zugabe von Medikamenten, v.a. von Antibiotika, muss auf ein Mindestmaß reduziert werden. Denn  
108 nur so können Treibhausgase spürbar reduziert werden und Tragödien wie der Brand in der  
109 Schweinezuchtanlage Alt-Tellin verhindert werden. Mit der industriellen Tierhaltung muss Schluss  
110 sein. Den Zukauf von Futtermitteln aus anderen Kontinenten lehnen wir strikt ab.
- 111 • Brandenburg steht in der Verantwortung, den Einsatz von Pestiziden sowie invasive Arten gezielt zu  
112 bekämpfen. Mit einer flächengebundenen Tierhaltung, reduzierten Düngemengen und nachhaltigen  
113 Bewirtschaftung unserer Böden wollen wir Überdüngung verhindern. Besonders der Einsatz von  
114 mineralischem Stickstoffdünger muss schnellstmöglich minimiert werden.
- 115 • Um Brandenburgs Moore zu schützen und zu erhalten sowie landwirtschaftliche  
116 Treibhausgasemissionen zu reduzieren, müssen landwirtschaftlich genutzte Moorböden  
117 moorschonend bewirtschaftet werden. Dazu sind hohe Wasserstände, angepasste Technik zur  
118 Bewirtschaftung und Verwertungsmöglichkeiten für Biomasse von nassen Flächen erforderlich. Wir  
119 fordern, dass der Torf in den Mooren bleibt.

120 **ESSEN IST POLITISCH**

121 Die Zukunft einer klimagerechten Ernährung der Weltbevölkerung liegt in einer weitestgehend  
122 pflanzlichen Ernährung. Klimafreundliche Ernährung - saisonal, regional und ökologisch zertifiziert - muss  
123 für alle möglich und bezahlbar sein. Regionale Produkte reduzieren den CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Produktes  
124 teilweise erheblich.

125 Pflanzliche und ökologische Produkte müssen steuerlich bevorzugt werden. Nur durch ein starkes  
126 regionales Handelsnetz zwischen Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen können wir als Gesellschaft ein  
127 stabiles Preisniveau für nachhaltige, regionale und ökologische Lebensmittel erreichen. Während  
128 zahlreiche Bundesländer den Landwirt\*innen bereits seit längerem mit Öko-Aktionsplänen unter die Arme  
129 greifen, konnte ein solcher erst kürzlich durch uns in Brandenburg etabliert werden.

- 130 • Die Preise für tierische Produkte müssen endlich die wahren Kosten der industriellen Tierhaltung  
131 reflektieren, um faire Haltungsbedingungen für die Tiere und faire Arbeitsbedingungen in  
132 Agrarsektor zu ermöglichen.
- 133 • Wir wollen die Tierhaltung auf ökologische und regionale Erzeugung umstellen und den Konsum von  
134 Tierprodukten reduzieren, um das Klima zu schützen. Vegane und vegetarische Gerichte sollen in  
135 Kantinen zum Standard werden.
- 136 • Wir setzen uns für eine bessere Vermarktung von regionalem Wildfleisch ein. Damit unterstützen wir  
137 auch den ökologischen Waldumbau.
- 138 • Brandenburg darf sich nicht an Exporten in Länder im globalen Süden beteiligen, welche die  
139 Wirtschaft vor Ort unverhältnismäßig unter Druck setzen.

140 **FLUCHTGRUND: KLIMAKRISE - ANERKENNUNG JETZT!** Klimainduzierte Migration muss zukünftig stärker in  
141 der Integrations- und Asylpolitik Brandenburgs berücksichtigt werden. Aus der historischen Verantwortung  
142 Deutschlands ergibt sich auch an dieser Stelle die Aufgabe Menschen zu helfen, welche unter den  
143 Klimafolgen leiden. Dazu braucht es neben einem Aufnahmeprogramm für Geflüchtete aufgrund der  
144 Folgen der Klimakrise echte Bleibeperspektiven für alle Geflüchteten, die von den Folgen der Klimakrise  
145 betroffen sind.

146 Um die Klimakrise mit den notwendigen Maßnahmen effizient zu bekämpfen und den damit verbundenen  
147 Herausforderungen zu begegnen, sind wir auf Zuwanderung angewiesen. Nur gemeinsam und unter  
148 Einbeziehung internationaler Erfahrungen und vielfältiger Perspektiven schaffen wir Klimawandelresilienz  
149 in Brandenburg und erarbeiten Strategien für einen Umgang mit weltweiten Folgen der Klimakrise. Hierfür  
150 müssen die Bleiberechtigten arbeitender Geflüchteter verbessert werden. Menschen in  
151 Asylverfahren dürfen unter keinen Umständen gegenüber anderen Gruppen, die staatlichen  
152 Transferleistungen erhalten, benachteiligt werden.

153 **NEOKOLONIALE AUSBEUTUNGSMECHANISMEN AUFLÖSEN!**

154 Klimagerechtigkeit bedeutet auch, globale Lieferketten, welche häufig neokoloniale  
155 Ausbeutungsmechanismen zementieren, sozial gerecht und klimaneutral auszurichten. Unternehmen  
156 können über ihre Lieferketten sowohl Mensch als auch die Natur ausbeuten. Selbst ohnehin unzureichende  
157 Umwelt-, Tier- oder Arbeitsschutzrichtlinien können teilweise einfach umgangen werden. Insbesondere die  
158 Arbeitsbedingungen auf agrar-industriellen Plantagen sind teilweise extrem schlecht und die Löhne viel zu  
159 niedrig, um davon leben zu können.

160 Klimagerecht auf die Welt aus Brandenburg einzuwirken bedeutet also:

- 161 • Den Ausbau des Lieferkettengesetzes im Bund einzufordern, um Arbeiter\*innen in der globalen  
162 Wertschöpfungskette und die Umweltziele zu schützen.

163 • Verpflichtende Hinweise über die Lieferkette und Transportwege für Unternehmen. Private Zertifikate  
164 oder Zusagen reichen nicht aus.

165 • Staatliche Förderung von entwaldungsfreier Produktion, statt die Akzeptanz von auf Waldzerstörung  
166 basierender Produktion in anderen Ländern.

167 Alle diese Ziele sind sehr herausfordernd und nur mit massiven Investitionen und zusätzlichen politischen  
168 Maßnahmen in praktisch allen Sektoren zu schaffen. Dennoch dürfen wir nicht nachlassen, die stärkste  
169 Lobby für ein lebenswertes Ökosystem zu sein. Ohne Klimagerechtigkeit gibt es keine Gesellschaft und  
170 auch kein System mehr.

171 Von einer bündnisgrünen Regierungsbeteiligung erwarten wir uns politische Rahmenbedingungen, die  
172 klimafreundliches Verhalten belohnen, die großen

173 Emissionstreiber\*innen sanktionieren, klimafreundliche Technologien wirtschaftlich machen und  
174 gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit stets im Blick behalten.